

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bierteljährlicher Abonnementpreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,86 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Ersch.-Bezirk).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 2.

Berlin, Sonnabend, 11. Januar 1908.

Vierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die parlamentarischen Arbeiten. — Arbeitersekretariate,  
Rechtsauskunftsstellen, Auskunftsbureaus. — Maerzeme  
Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Gewerksvereins-Zell. —  
Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

## Die parlamentarischen Arbeiten

Sind sowohl in den Landtagen wie auch im Reichstages nach der Weihnachtspause wieder in vollem Maße aufgenommen worden. In den Landtagen hat sich vielfach die Diskussion gebreht um den Reichsvereinsgesetzentwurf der Reichsregierung. In Hessen, Bayern, Württemberg und kürzlich auch in Sachsen-Koburg-Gotha sind die lebhaftesten Bedenken gegen den Entwurf geltend gemacht worden, weil er eine Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit für die genannten Staaten mit sich bringt. Es wäre erfreulich, wenn die Vertreter jener Bundesstaaten darauf hinwirkten, daß zum mindesten die bei ihnen geltenden freierlichen Bestimmungen in das Gesetz hineingebracht werden.

Die Arbeiten des Preussischen Abgeordnetenhauses haben mit einem argen Mißklang begonnen. Der Finanzminister mußte gleich in seiner ersten Staatsrede mitteilen, daß ein erhebliches Defizit vorhanden ist, das durch Anleihen und Erhöhungen der Staatseinkommensteuer gedeckt werden müsse. Beabsichtigt wird, die Erhöhung der Steuer erst bei den größeren Einkommen von 10000 Mk. an einzuführen. Das Hauptinteresse bei diesem Parlament ist konzentriert auf den heutigen Freitag, an dem die Regierung auf die freisinnige Interpellation, betreffend Einführung des Reichstageswahlrechts auf den Preussischen Landtag zu antworten versprochen hat. Man darf gespannt sein, wie diese Antwort ausfällt.

Besondere Erwartungen werden geknüpft an die nächsten Beschlüsse des Deutschen Reichstages. Was wird er uns in sozialpolitischer Hinsicht bringen? Welche Lasten wird er dem deutschen Volke auferlegen? Was die erste Frage anbetrifft, so ruht zunächst das Reichsvereinsgesetz im Schoße der Kommission. Hoffentlich gibt sie dem Entwurf eine Fassung, die unseren Wünschen entgegenkommt und die Mängel beseitigt, die dem Regierungsentwurf anhaften. In zweiter Linie kommen die beiden Gewerbeordnungs-Novellen in Betracht, die von einschneidender Bedeutung für unser wirtschaftliches Leben sind, in ihrer ursprünglichen Fassung aber ebenfalls wesentlich abgeändert werden müssen, wenn sie den berechtigten Anforderungen der Arbeiter Rechnung tragen sollen. Es darf wohl erwartet werden, daß gleich nach der Staatsberatung diese wichtigen Materien in Angriff genommen werden, damit die geplanten Neuerungen nicht allzuweit mehr hinausgeschoben werden. Auch ein Gesetz über Arbeitskammern ist bereits angefündigt. Ueber seinen Inhalt sind nur wenige Einzelheiten in die Öffentlichkeit gelangt, die eine eingehende Kritik noch nicht zweckmäßig erscheinen lassen.

Eine weitere sozialpolitische Frage, die unbedingt in aller nächster Zeit gelöst werden muß, ist die Privatbeamtenversicherung. Gleich in der ersten Sitzung des Reichstages nach den Weihnachtstagen wurde ein Antrag der Konservativen verhandelt, in dem die verbündeten Regierungen ersucht werden, die Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf über die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten zu fördern, daß

derselbe bei Beginn der nächsten Session zur Vorlage kommen kann. Der Antragsteller Freiherr v. Rüdiger empfahl in seiner Begründung die Schaffung einer selbständigen Versicherungsorganisation, während der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan für eine Angleichung der Versicherung der Privatbeamten an die allgemeine Versicherungsorganisation eintrat. Aber wenn auch über die Form dieser Versicherungsart Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, so herrschte doch vollständige Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Regelung der Frage überhaupt. Offenlich trägt die Regierung den geäußerten Wünschen baldigst Rechnung.

Ganz besonders gespannt darf man sein auf die Wege, welche die Reichsregierung einschlagen wird, um aus ihrer Finanzklemme herauszukommen. Die Einführung einer direkten Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer, die zweifellos am besten geeignet ist, die Finanznot zu beseitigen, scheint bei dem Reichsfinanzminister selbst viel weniger Widerstand zu finden als bei dem Reichsschatzsekretär v. Stengel und dem preussischen Finanzminister v. Rheinbaben. Man munkelt sogar, daß wegen dieser Frage unter den Genannten erhebliche Differenzen ausgebrochen sind. Das steht jedenfalls fest: Wenn man in der bisherigen Weise ungeheure Summen aufwendet für Meer und Marine, so wird man auf die Dauer diese direkten Steuern nicht entbehren können. Bieleicht werden dann diejenigen Parteien, die stets so überaus bewilligungslustig waren, etwas zurückhaltender, wenn sie selbst durch direkte Steuern zu den Lasten stärker herangezogen werden, als es bisher geschieht, wo man durch indirekte Steuern gerade die ärmeren Volksklassen am schwersten getroffen hat.

Biel ist auch die Rede von einer sogenannten Veredelung der Matrifularbeiträge. Darunter ist etwa folgendes zu verstehen: Nach den jetzt geltenden Verfassungsbestimmungen können die Bundesstaaten zur Deckung von Fehlbeträgen in der Weise herangezogen werden, daß die Summe auf die einzelnen Staaten ihrer Bevölkerungszahl entsprechend verteilt wird. Man nennt dies die Verteilung der Matrifularbeiträge. Unter einer Veredelung derselben versteht man, daß die Verteilung nicht allein nach der Bevölkerungszahl, sondern nach dem Maßstabe der finanziellen Leistungsfähigkeit erfolgt. In welcher Weise man eine solche Veredelung vornehmen will, ist uns bis jetzt noch unklar. So einfach dürfte die Sache nicht sein, und auch die Bundesstaaten werden keineswegs sehr erfreut über diese Art der Deckung der Fehlbeträge sein.

Welche Lösung man aber auch findet, auf die indirekten Steuern will man trotzdem nicht völlig verzichten. Es wird eine Erhöhung der Branntweinsteuer geplant, eine Zigarrenbanderolensteuer in Aussicht gestellt und selbst die schon so oft verworfene Wehrsteuer wieder hervorgeholt. Auf alle Fälle also droht eine Belastung der breiten Schichten des Volkes, und diese Belastung wird um so schwerer empfunden werden, als sie in eine Zeit fällt, in der geringeres Einkommen bei verteuerten Lebensmittelpreisen breiten Schichten der Bevölkerung bevorzieht. Das muß böses Blut machen und starke Verbitterung hervorrufen, die sich um so mehr geltend machen wird, je weniger man in sozialpolitischer Beziehung dem Volke bietet. Man darf gespannt sein, wie die ver-

schiedenen Parteien sich zu den Steuerplänen der Regierung stellen. Das Volk wird jedenfalls die Verhandlungen mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgen. Möge sich die Mehrheit des Reichstages aber bewußt sein, daß die ärmeren Teile der Bevölkerung nachgerade schwer genug zu tragen haben und daß es endlich Zeit ist, ernst zu machen mit dem Wort, daß die leistungsfähigen Schultern am meisten belastet werden müssen.

## Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen, Auskunftsbureaus.

Die Bedeutung der Arbeitersekretariate wird mehr und mehr erkannt. Das beweist deutlich auch die darauf bezügliche Debatte auf dem Verbandsstage, die auf Seite 220 ff. des Protokolls nachzulesen ist. Allerwege bemühen sich auch die Ortsverbände, Einrichtungen nach Art der Sekretariate zu schaffen. Eine zusammenhängende Behandlung an dieser Stelle wird deshalb zur Klärung und Förderung der Sache wesentlich beitragen.

Seit dem Jahre 1894, wo das erste Arbeitersekretariat in Nürnberg begründet wurde, hat sich ihre Zahl schnell vermehrt. Es ist dies zurückzuführen auf die Tatsache, daß die sozialpolitischen Gesetze immer zahlreicher und umfangreicher wurden. Dies nötigte dazu, Stellen zu schaffen, wo der Arbeiter sich Auskunft holen könne, ohne daß ihm daraus erhebliche Kosten entständen. Das Gesetz betreffend die Invalidenversicherung hat 194 Paragraphen, die Unfallgesetze 420, Krankenversicherung 166, Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetze 100 usw. Zu allen diesen gesetzlichen Bestimmungen kommen eine Menge Ausführungsbestimmungen, Ministerialerlasse, Gerichtsentscheidungen usw. Genug, das Feld der sozialpolitischen Gesetzgebung ist für den einzelnen Arbeiter unüberschaubar geworden. Wer das alles nur halbwegs übersehen will, bedarf dazu eines eingehenden Spezialstudiums. Der einzelne Arbeiter kennt die Gesetze nicht. Es fehlen ihm auch die Mittel sich an einen Rechtskundigen zu wenden. Und zu dem versteht dieser Rechtskundige von der sozialpolitischen Gesetzgebung meist selbst nicht viel. Was nützen aber dem Arbeiter selbst die besten sozialpolitischen Gesetze, wenn er sie nicht kennt und sich ihre Vorteile nicht nutzbar machen kann? Vor dem Gesetze sind alle Deutschen gleich, wer aber nicht die Mittel hat, sein Recht zu suchen, der geht leer aus. Je mehr sich also die sozialpolitische Gesetzgebung entwickelte, um so näher lag es, an die Errichtung von Rechtsauskunftsstellen für die breiten Volksmassen heranzugehen, wo jeder entweder ganz kostenlos oder gegen kleines Entgelt Auskunft bekam und sich die erforderlichen Schriftsätze usw. anfertigen lassen konnte.

Diesem allgemeinen Bedürfnis kamen die Arbeitersekretariate entgegen. Aber nicht nur diese. Auch Hyänen des Schlachtfeldes sammelten sich bald. Das Rechtskonsulententum wies in die Höhe und hat mehr Schaden angerichtet, als mancher denkt. Wenn irgend eine verkrachtete Existenz nicht mehr arbeiten wollte, errichtete sie eine Rechtsauskunftsstelle. Die ärmeren Leute waren ihre Kunden und mußten oft erhebliche Gebühren bezahlen. Wie es den Leuten ging, möge folgender Brief eines westfälischen Gewerksvereinskollegen zeigen. Er schrieb uns:

„Es ist gut, daß Sie an meine Stelle treten. Aber ich bin nicht sicher, denn ich bin schon jahrelang betrogen von Schreibern. Ein Schreiber hat mir meine Papiere behalten. Ich konnte nichts anderes machen als ein Armenstempel nehmen und denselben verkaufen, damit ich meine Papiere bekam. Nachher hatte ich einen anderen Schreiber. Ich hatte ihm die Papiere schon 4 Wochen übergeben und dennoch hat er den Refus 24 Stunden zu spät eingeholt. Für jede Vertretung mußte ich 10 Mk. bezahlen. . . . Das ist ein Beispiel, aber nicht einmal das krassste. Gewiß sind auch unter den Rechtskonsulenten

ehliche und tüchtige Leute, zweifellos, aber die Mehrheit spekuliert nur auf den Gelbbeutel und die Unkenntnis des Publikums. Das Rechtskonjulentenwesen kann aber nur dann bekämpft werden, wenn das Bedürfnis nach billigen und guten Rechtsauskunftsstellen von anderer Seite erfüllt wird.

Hier steht eben die Selbsthilfe der Arbeiter ein durch Errichtung von Arbeitersekretariaten. In den Provinzialgroßstädten ist meist auf diesem Gebiet von den verschiedensten Seiten ziemlich viel geschehen. Eine Ausnahme macht Berlin. Auch hier gibt es zwar ähnliche Einrichtungen von den verschiedensten Organisationen, aber die herrschenden Verhältnisse sind so, daß z. B. das eine sozialdemokratische Sekretariat für alle sozialdemokratischen Arbeiter Groß-Berlins soviel wie gar nichts ist. Unsere Kollegen benutzen die Auskunftsstelle, die nebenamtlich von dem Vertreter am Reichsversicherungsamt versehen wird und den dringendsten Bedürfnissen Rechnung trägt. So kommt es, daß hier das Rechtskonjulentenwesen noch viel mehr in Blüte steht, als draußen im Lande. Vielleicht beachtet das derjenige nicht, der seit Jahren in Berlin wohnt: dem Neuling aber fallen auf jeder Straße drei bis vier Schilder auf, wo ein Rechtskonjulent seinen unübertrefflichen Rat anbietet. Um Berlin vom Winkeljulentenwesen zu befreien, muß eine Reihe Rechtsauskunftsstellen in den verschiedensten Stadtteilen errichtet werden. In der neueren Zeit hat sich ja für diesen Zweck eine gemeinnützige Gesellschaft gebildet. Aber dem ungeachtet, sollten die Gewerkschafter eine solche bedeutungsvolle agitatorische Frage nicht aus der Hand geben und überlegen, was hier auch von uns aus geschehen könnte.

Welche Aufgaben hat nun ein Arbeitersekretariat zu erfüllen? Es soll zunächst Rechtsauskünfte erteilen. Darüber haben wir ja schon einiges dargelegt. Das Sekretariat ist wesentlich bestimmt für die Auskunftserteilung in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Das heißt mit anderen Worten: Auskünfte, die das bürgerliche Recht betreffen oder das Strafrecht, wird das Sekretariat im allgemeinen nicht erteilen. Der Grund ist ein einfacher. Der Sekretär, der Auskunftgebende, wird in der Regel ein Arbeiter sein. Das soll er sein, denn meist kann nur ein solcher sich den Arbeitern so verständlich machen, wie es ermahnt ist. Ein Arbeiter ist aber nie ein Jurist; er kann einen solchen auch nicht ersetzen. Da es sich aber im bürgerlichen Recht meist um weittragende, juristische Fragen handelt, soll der Sekretär die Verantwortung solcher Dinge ablehnen. Es ist überhaupt besser, bei einer Frage, in der man nicht ganz genau unterrichtet ist, die Auskunft abzulehnen, statt etwas Falsches zu berichten und dadurch dem Auskunftsuchenden Nachteil zuzufügen. Zweckmäßig verständigt man sich vielleicht mit einem bestimmten Rechtsanwalt, mit dem man auch einen Preis vereinbart für jede Auskunft. Bringt dann jemand eine Frage die über den Rahmen der sozialpolitischen Gesetzgebung hinausgeht, und man ist in ihrer Beantwortung nicht ganz sicher, so verweist man den Auskunftsuchenden an den Rechtsanwalt.

Umso mehr aber muß der Sekretär die ganze sozialpolitische Gesetzgebung beherrschen. Und dieser Stoff ist schon recht umfangreich. Die Auskunft soll sich nicht nur rein auf Rechtsfragen beschränken, sondern es muß auch der Belehrung mit der Gewerbeinspektion gepflegt werden, wie auch durch Vorträge, durch die Presse, die Kollegen über die sozialpolitische Gesetzgebung aufgeklärt werden sollen. Der Sekretär soll nicht nur nach Schema F fragen und antworten. Nein, er soll sich in die Lage der Auskunftsuchenden hineinsetzen und ihnen auch menschlich rüber treten. Das ist es ja gerade, was den Arbeitersekretär macht, daß er als Mensch zu Menschen spricht und kein verkümmertes Bureaukrat ist.

Die zweite Aufgabe, die das Sekretariat erfüllen soll, ist: Es muß der Mittelpunkt unserer ganzen Bewegung am Orte sein. In jedem Ort, wo unsere Bewegung in allen ihren Gliedern vorwärts kommen, wo keine Differenzen zwischen den einzelnen Berufen entstehen sollen, da muß jemand vorhanden sein, der das Vertrauen aller genießt und in dem alle ihre Einheit finden. Theoretisch soll der Ortsverbandsvorstand bezw. Vorsitzende oder Schriftführer diese Person sein. Es leuchtet aber ein: Hat man ein Sekretariat mit einem angestellten, tüchtigen Beamten, dann wird bei ihm der naturgemäße Mittelpunkt unserer Bewegung liegen. Die einzelnen Berufsvereine kommen oft in Gefahr, vor lauter Berufsinteressen das Allgemeinwohl nicht mehr zu kennen. Daraus entstehen dann oft genug erhebliche Ungelegenheiten. Ist der Arbeitersekretär der geeignete Mann, dann wird er hier stets vermittelnd eingreifen und gemeinsames Arbeiten ermöglichen. Er stellt auch die Verbindung mit den anderen Vereinen im Lande her. Die großen Blätter aller Parteien muß er lesen, er muß das Ganze übersehen und allen raten können. Der vertraute Ratgeber aller soll er sein. Und so wird er auch oft als Vermittler usw. in Anspruch genommen werden bei Lohnbewegungen und dergl. Wenn die anderen sich milde gearbeitet, oder sich „missliebiger“ gemacht haben — das läßt sich oft nicht vermeiden — dann soll der Arbeitersekretär mit

frischen Kräften eintreten können, um die Dinge wieder vorwärts zu bringen. Diese Eigenschaften und Aufgaben des Arbeitersekretärs sollte man nicht unterschätzen. Man verläßt sehr oft in den Feiern, die Personenfrage als gar zu nebensächlich zu behandeln. Von der Geschicklichkeit der Personen hängt sehr viel ab. Und wir stehen nicht an zu sagen, daß man als Arbeitersekretär stets nur die tüchtigsten Personen nehmen soll, diese dann aber auch freiwillig respektieren muß, selbst wenn sie in einem oder anderem Falle etwas tun, was einem Teil der Kollegen nicht gefällt. So soll der Arbeitersekretär alles in Bewegung halten, anregen, anspornen, Verbindungen mit befreundeten Organisationen suchen und wachhalten usw. Das alles macht ihn von vornherein zu dem leitenden Aente im Ortsverband als Vorsitzender oder Schriftführer geeignet.

Die dritte Aufgabe des Arbeitersekretariats hängt eng mit der zweiten zusammen. Eine Organisation, die bessernd einwirken will z. B. auf die Arbeitsverhältnisse in Fabriken oder in ganzen Berufen, muß die Verhältnisse erst kennen. Besonders Tarifverträge können nicht zum gezielten Abschluß gelangen, wenn man nicht ganz genau unterrichtet ist über Arbeiterlohn, Art der Spezialarbeiter, Dauer der Arbeitszeit, Pässe und viele andere Dinge. Diese Kenntnisse kann man nur gewinnen durch statistische Erhebungen. Wer aber soll diese machen? Es kommt dabei nicht allein darauf an, daß Fragebogen ausgefüllt sind, sondern sie müssen auch verständlich, übersichtlich verarbeitet werden. Wer soll das machen? Selbst da, wo die einzelnen Berufsgewerkschafter eigene Beamte haben, ist es diesen in den seltensten Fällen möglich, solche umfangreichen Arbeiten zu machen. Auch hier soll der Arbeitersekretär eintreten, soweit es seine sonstigen Pflichtenheiten gestatten.

Die vierte Aufgabe ist sozialpolitische Natur. Das Arbeitersekretariat soll auf Grund seiner Erfahrungen mit den sozialpolitischen Gesetzen Vorschläge machen oder Material sammeln zur Verbesserung dieser Gesetze. Wer wäre besser in der Lage, Mängel in der sozialpolitischen Gesetzgebung zu finden als derjenige, der täglich damit umgeht? Für solche Dinge ist leider in Arbeiterkreisen noch sehr wenig Verständnis vorhanden. Da gilt der noch als der beste Beamte, der zu jeder Tages- und Nachtstunde eine Rede hält, wenn es von ihm verlangt wird, im übrigen aber Zahlen registriert, Streifen einträgt usw. Die Arbeiter müssen sich allmählich darüber klar werden, daß sie in ihren Reichen Leute haben müssen, die, nach Möglichkeit befreit von allem formalistischen Kleinram, die großen und kleinen Probleme der sozialen Frage selbstständig durchdenken vom Arbeiterstandpunkte aus, die den Arbeitern Wege weisen können. Die unteren Instanzen, wo das Material zu solcher Arbeit gesammelt werden muß, sind die Arbeitersekretariate. Und man sieht auch hier wieder, wie man ohne Rücksicht auf die Berufsgewerkschaft die tüchtigsten Leute an diese Stellen bringen muß.

Damit haben wir in kurzen Strichen die Aufgaben der Arbeitersekretariate gezeichnet, und jeder sieht, um wie bedeutsame Dinge es sich dabei handelt. Gewiß kann nicht jedes Sekretariat alle diese Fragen erledigen. Dazu gehört schon ein mit mehreren Beamten besetztes Bureau. Und unsere finanziellen Mittel reichen zur Errichtung von Sekretariaten mit mehr als einem Beamten vorerst noch nicht aus. Aber einzelne Teile der Gesamtaufgaben kann jedes Sekretariat erfüllen und keiner derselben darf völlig vernachlässigt werden. Erwähnt man noch, daß der Arbeitersekretär der Wortführer der Arbeiter auch im öffentlichen Leben am Orte sein soll, so ist die große Wichtigkeit der Arbeitersekretariate deutlich bewiesen, und sie sollte anspornend wirken für die Errichtung solcher Institutionen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, 10. Januar 1908.

**Preussische Sparkassenstatistik.** Der Bestand der preussischen Sparkassen hat im Jahre 1906 die Summe von 8790 Millionen Mark, also über 8 1/2 Milliarden Mark, erreicht. An dem Gesamtkapital der Sparkassen sind die industriellen Provinzen erheblich höher beteiligt als die agrarischen. Während auf Rheinland 18 pCt., Westfalen 15,8 pCt., Hannover 12 pCt., Sachsen 10 pCt., Brandenburg 9 pCt. der Spargelder entfielen, kommen auf Ostpreußen nur 1,8 pCt., Westpreußen und Preußen je 2 pCt. Die Zahl der Sparkassenbücher hat sich in demselben Jahre von 10 842 961 auf 11 095 258, also um 452 297 oder 4,25 pCt. des Vorjahres vermehrt. Bemerkenswert ist, daß die Blätter mit mehr als 10 000 Mk. Spareinlage eine Zunahme um fast 10 pCt. hatten, die Kleinen, bis 80 Mk. lautenden, eine Zunahme um 5 pCt. Die zwischen diesen beiden Grenzen fallenden mittleren Konten haben durchweg eine Vermehrung ihrer Anzahl um 3,7 pCt. zu verzeichnen, mit Ausnahme derer, die 3—10 000 Mk. zurückerlegten konnten. Deren Zahl ist nämlich um mehr als 7 pCt. gewachsen. Die Erklärung dafür, daß die großen Konten weitaus am meisten sich ver-

mehrt haben, ist wohl darin zu suchen, daß durch das Hinuntersinken der Zinsen die größeren Kapitalien mehr und schneller wachsen. Vielleicht kommt auch in Betracht, daß jetzt auch Mündelgelder bei als sicher anerkannten Sparkassen angelegt werden dürfen, während dies früher nur im Notfalle zulässig war.

Es wäre verkehrt, wollte man aus der Tatsache, daß in Preußen auf 100 Einwohner rund 30 Sparkassenbücher entfallen, nun den Schluß ziehen, daß im allgemeinen die Lebensweise der Bevölkerung eine besonders gehobene ist. Die Zahl der unter 60 Mk. aufweisenden Konten beträgt über 3 Millionen, ist also nahezu ein Drittel aller Spareinlagen. Da kann wohl nicht gut von einem besonderen Wohlstande gesprochen werden.

Der Vollständigkeit wegen seien noch einige Zahlen angegeben über die Entwicklung der Sparkasseneinlagen in Preußen überhaupt. Im Jahre 1874 hatten die Gesamteinlagen noch nicht 1 Milliarde erreicht. 1884 wurde die 2. Milliarde, 1889 die 3. überschritten. Im Jahre 1894 betrug der Gesamtbestand an Sparkassengeldern 4 Milliarden Mark, 1898 = 5,29 Milliarden, 1901 = 6,2, 1903 = 7,23, 1905 = 8,29 und 1906 = 8,79 Milliarden Mark. Gerade in den letzten Jahren also ist das Anwachsen der Sparkassensumme besonders stark gewesen. Ob die nächsten Jahre, die unter dem Zeichen der sinkenden Konjunktur stehen, ebenso gut abzuweichen, darf wohl bezweifelt werden.

**Das für die Arbeitszeit gewährte Gehalt** darf einem Handlungsgehilfen nicht abgezogen werden, wenn er vor einem besonders vereinbarten Termine seine Stellung verläßt. So hat das Kaufmannsgericht zu Magdeburg entschieden. Einer bereits seit 5 Jahren in ihrer Stellung befindlichen Verkäuferin war im Jahre 1907 von ihrer Firma ein Ferienurlaub unter Gewährung des Reisegeldes und Fortzahlung des Gehalts gewährt worden. Vorher hatte sie folgenden Schein unterschrieben müssen:

„Die Erteilung von Urlaub geschieht in der Voraussetzung, daß ich noch längere Zeit bei der Firma verbleibe, deshalb erkläre ich mich damit einverstanden, daß mir, falls ich bis zum 31. Dezember d. J. meine Stellung verlasse, der Betrag, welcher mir als Gehalt in der Urlaubszeit gezahlt worden ist, sowohl wie das entl. mir gezahlte Reisegeld nach dem Erlösungsbetrag vom Gehalt oder von der Ration in Abzug gebracht werden kann.“

Dasselbe gilt, wenn mir seitens der Firma durch irgendwelche Veranlassung innerhalb dieser Zeit die Kündigung erteilt wird.“

Auf Grund dieses Scheines wurden der Verkäuferin, als sie am 1. Oktober die Stellung verließ, 52,50 Mk. abgezogen. Auf Zahlung dieses Betrages verklagte sie daher die Firma, indem sie behauptete, sie habe die Stellung krankheitshalber verlassen müssen; schon im vergangenen Winter habe sie Rheumatismus gehabt. Da sie in diesem Jahre wieder an der offenen Lunge leide, müsse sie, so habe sie den Personalchef und den Direktor gebeten, die Lirren schließlich zu lassen. Dies sei aber nicht geschehen, infolgedessen habe sie die Stellung zum 1. Oktober dieses Jahres verlassen müssen. Die Abmachung mit der Beklagten verstöße gegen die guten Sitten.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung der 52,50 Mk. und führte in der Begründung aus, daß die zwischen den Parteien geschlossene Abmachung gegen die guten Sitten verstöße, gleichviel aus welchem Grunde und von welcher Seite die Kündigung erfolgt sei. Wenn ein Geschäft einem langjährigen Angestellten unter Fortzahlung des Gehalts und Gewährung von Reisegeld Urlaub gewährte, so erfüllte der Prinzipal gegenüber dem Angestellten eine soziale Pflicht, und zwar nicht, um sich die Dienste des Angestellten für die Zukunft zu sichern, sondern um dem Angestellten für geleistete Dienste die notwendige Erholung zu gewähren. Wenn die Firma zu ihrem Teile dazu beitrage, dem Angestellten überhaupt die Möglichkeit einesurlaubes zu schaffen, so könne sie nicht vertraglich die Zurückzahlung des Zuschusses ausmachen. Die Firma dürfe nicht mit der einen Hand geben und mit der anderen Hand die Wohlthat dadurch nehmen, daß sie die Selbstbestimmung der Angestellten in der Kündigungsmöglichkeit beschränke. Durch die oben wiedergegebene Abmachung seien die Kündigungsbedingungen für beide Teile ungleich geworden, was gesetzlich unzulässig sei.

**Arbeiterbewegung.** Der Kampf in der Zerrillindustrie von Krefeld ist beendet. Die streikenden Krawattenstoffweber haben die Arbeit wieder aufgenommen und die Arbeitgeber infolgedessen die Sperre aufgehoben. Bereits am Dienstag ist ein Teil der Arbeiter in die Betriebe zurückgekehrt, die inzwischen voll wieder beschäftigt sind. — In Stuttgart scheint es erfreulichweise zwischen der Lohnkommission der Metallarbeiter mit dem Arbeitgeberverbande für das Tischlergewerbe zu einer Einigung gekommen zu sein. Daburgh würde vorausichtlich der Kampf in Stuttgart vermieden werden und die Aussichten für Aufrechterhaltung des Friedens im Holzgewerbe

überhaupt wesentlich gebessert. — Seit dem August hatte der Fabrikantenverein in Lauterberg a. S. mehrere hundert Arbeiter ausgesperrt. Diese Sperre ist jetzt aufgehoben worden, nachdem die Arbeiter sich zu bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hatten. — Die Armaturenfabrik „Glückauf“ in Kassel hat sämtliche Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten gekündigt. — In der Wagen- und Karosseriefabrik von Altermühle in Köln-Ehrenfeld sollten Lohnreduktionen und Verlängerung der Arbeitszeit vorgenommen werden. Die sich dagegen sträubenden Stellmacher und Schmiede wurden ausgesperrt. Bei den nunmehr eingeleiteten Verhandlungen erklärte die Firma, daß sie auf ihren Forderungen beharren müsse, im übrigen entschlossen sei, nur unorganisierte Arbeiter für die Zukunft zu beschäftigen. Da die Arbeiter auf ihr Koalitionsrecht nicht verzichten wollten, legten sie die Arbeit nieder.

Der Streik der Automobilomnibusfahrer in London dauert noch an. Die Ausständigen werden durch eine Konferenz ihrer Vertreter mit der Gesellschaft des Streiks in Schlichtung und rechnen bei einiger Ablenkung der Eingungsvorschläge auf die Unterstützung sämtlicher Trade Unions.

**Interessante Zahlen aus der Krankenversicherung** im Jahre 1906 veröffentlicht jetzt das Kaiserlich Statistische Amt. Danach bestanden im Deutschen Reich in der Gemeindefrankenversicherung 8366 Kassen, an Ortskrankenstellen 4741, Betriebskrankenstellen 7823, Baukrankenstellen 46, Innungskrankenstellen 744, eingeschriebenen Hilfskassen 1340, landesrechtlichen Hilfskassen 155; zusammen 23 215 Kassen gegen 23 127 im Jahre 1905. Der Mitgliederstand der Kassen belief sich auf 11 689 697 Personen gegen 11 184 476 im Jahre 1905. Die Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit haben sich von 4 451 448 auf 4 123 798 vermehrt, die Krankheitskosten sind hingegen von 32,2 Millionen Mark auf 24,1 Millionen Mark gesunken. Das Vermögen sämtlicher Kassen hat sich von 202,9 auf 230,3 Millionen Mark erhöht.

Zur **Schlichtung von Wohnungsstreitigkeiten** in ihren Mietwohnungen hat die Direktion der chemischen Fabrik in Seelze bei Hannover eine Schlichtungskommission eingesetzt, in der natürlich auch Arbeiter Sitz und Stimme haben. Bekanntlich ist vor kurzer Zeit in dieser Fabrik ein Streik ausgebrochen, der zur Folge hatte, daß verschiedene Arbeiter die Mietwohnungen räumen sollten. Es ist dabei zu heftigen Streitigkeiten gekommen, welche die Ursache gewesen sind zur Einrichtung der genannten Kommission. Es mag ja ganz gut gemeint sein, wenn man auf diese Weise Wohnungsstreitigkeiten schlichtet will. Ganz wird es aber sicherlich nicht möglich sein. Viel richtiger wäre es, wenn auf derartige Wohnlagen überhaupt verzichtet und den Arbeitern ein Lohn gegeben würde, der es ihnen ermöglicht, sich eine anständige Wohnung zu mieten. Der Einwand, daß es oft nicht genügend Wohnungen an einem Orte gibt, ist nicht stichhaltig. So das Wohnungsbedürfnis vorhanden ist und der Arbeiter etwas dafür bezahlen kann, da werden auch Wohnungen gebaut werden.

Wie weit die **Bleivergiftungen** in allen denjenigen Berufen verbreitet sind, die mit bleihaltigem Material zu tun haben, wie bei den Schriftsetzern, Schriftgießern, Buchdruckern, Arbeitern in Bleislatten usw., das geht aus einigen statistischen Aufzeichnungen hervor, die der auf diesem Gebiete als Autorität geltende österreichische Arzt Dr. Teletzky in der „Wiener klinischen Wochenschrift“ veröffentlicht. Derselbe führt unter 772 Vergiftungsfällen durch Mineralfarben im Jahre 1906 nicht weniger als 9 pCt. auf die Bleivergiftung zurück. In den letzten fünf Jahren kommen alljährlich in Wien 80—90 Bleivergiftungen mit 2000 Krankentagen vor. Die meisten Bleivergiftungsstatistiken sind aber noch sehr unvollständig, weil bei den Krankheitsmeldungen nur das klinische Bild, z. B. Kollik, Vähmung angegeben, das Giftwort „Blei“ aber fortgelassen wird. Eine unariäre Statistik des Jahres 1899 zählt z. B. 82 Fälle von Bleivergiftung auf, während der stehende Arzt einer großen ungarischen Bleihütte in dem genannten Jahre allein 166 Bleivergiftungsfälle zu behandeln hatte. Das zeigt zur Genüge, wie häufig solche Statistiken sind. Die charakteristischen Erscheinungen der Bleivergiftung sind Kollik, Vähmung, Magenkatarrh und Blutleere. Sehr schwere Bleivergiftungen erfahren auch die Anstreicher, die Feilenmacher und Metallarbeiter, die Flaschenkapseln anbringen. Die Wiener Krankenkasse beherbergte in den Jahren 1908—1905 jährlich 169 Anstreicher, 2 Schriftsetzer, 71 Bleiweiharbeiter und 22 Buchdrucker, die alle schwer an Bleivergiftung erkrankt waren.

Als **Schutzmittel** kommt für die Anstreicher das Bleiweißpulver in Betracht, ferner die Bestimmung, daß jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu dieser

Beschäftigung nicht verwendet werden dürfen; außerdem die Beschränkung der Arbeitszeit, die Mittel zur Verhütung von Staub, Abjaugung des erzeugten Staubes, genügende Wassereinrichtungen und Beleuchtung über die Erkrankungen durch Bleivergiftung. Dr. Teletzky hat auch noch bei einigen anderen Gewerben, die gewöhnlich mit Blei nichts zu tun haben, gleiche Vergiftungsfälle festgestellt können, so bei Schustern, Schlossern, Handschuhmachern und Hutmachern. Ein Handschuhmacher bekam Schenkel lähmung nach Einreiben weißer Handschuhe mit Kremlerweiß; ein Schlosser erkrankte unter ähnlichen Erscheinungen, nachdem er zum Einpassen von Achsen in ihr Lager Wimmuposte verwendet hatte, ohne zu wissen, daß er mit einem Giftstoff arbeitete. Bei mehreren Hutwalkern zeigten sich auch schnelle Verdickungen der ganzen inneren Fingersfläche und der Hand. Diese Arbeiter leiden ferner wahrcheinlich durch Anwendung von Milchsaure in den Verrieben stark an Ekzem des Nagelgledes der Finger.

Auch diese Ausführungen zeigen, daß alle Arbeiter, die irgenwie mit Blei oder Bleiverbindungen zu tun haben, die größte Vorsicht walten und die Sauberkeit nie aus den Augen lassen müssen.

Die **Abschaffung der Nachtarbeit** für das Bäckereigewerbe ist in Italien von Parlament nach 1/2-jähriger Diskussion beschlossen worden. In den größeren Orten hatten die Bäckergesellen allerdings schon aus eigener Kraft die Nachtarbeit beseitigt. Jetzt wird diese Wohlthat auch den an kleineren Orten arbeitenden Bäckern zuteil, außerdem ist dafür gesorgt, daß die Meister nicht willkürlich wieder auf die Nachtarbeit zurückkommen können.

Diese Verhältnisse unterscheiden sich sehr vorteilhaft von den Zuständen bei uns. Welche Schwierigkeiten hat es in Deutschland gemacht, die geringen Ruhepausen für die im Bäckergewerbe tätigen Personen zu schaffen und wie suchen noch heute die Bäckermeister die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen! Der Gedanke, völlig die Nachtarbeit im Bäckereigewerbe abzuschaffen, ist vielen bei uns etwas ganz Unerhörtes. Das frische Brötchen am Morgen glaubt man auf keinen Fall entbehren zu können. Wir sind der Meinung, daß auch bei uns im Bäckergewerbe die Nachtarbeit über kurz oder lang eingeführt wird und daß das Publikum sich daran gewöhnt die frischen Brötchen anstatt des morgens, des nachmittags zu essen. Im Interesse der Gesundheit einer großen Arbeiterkategorie wäre das jedenfalls bringend zu wünschen.

**Verein für Volksunterhaltungen.** Die 360. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am 16. d. Mts., abends 8 Uhr, in der Ausstellungshalle des Zoologischen Gartens statt. Zur Auf- führung gelangt das Oratorium „Die Schöpfung“ von Haydn durch den Philharmonischen Chor unter Herrn Professor Dohs, das Philharmonische Orchester und die Solisten Frau Rgl. Kammerfräulein E. Herzog, die Herren Eritswold und Senius. Von den verfügbaren 5000 Eintrittskarten hat der Vorstand 1150 an die Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten von Berlin und Charlottenburg zur Gratisverteilung an städtische und Polizeibeamte, Arbeiter, Schutzmännchaft und Feuerwehr über- wiesen, ein größerer Teil ist von den mit dem Verein in Verbindung stehenden Beamten- und Arbeitervereinigungen bezogen worden; der Rest steht an den wiederholt bekanntgegebenen Stellen zum Verkauf.

**Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.**

**Ortsverband Schwere.**  
Unsere Tätigkeit setzte ein mit den Gewerbe- wahlen, welche eine rege Agitation erforderten und zu heftigen Zusammenstößen mit den Christlichen führten, welche nur mit 8 Stimmen Majorität siegten. Es sind abge- halten worden eine kombinierte Versammlung mit dem Orts- verband Westhofen und den Ortsvereinen Annen, Barop und Schüren, drei Ortsverbandsauschüssen und 8 Ortsverbandsversammlungen, in welchen referiert haben Herr Pastor Lic. Traub-Dortmund und die Kollegen Schuster, Schönlage und Jöller je einmal, Kollege Rose je zweimal. Sämtliche Referenten hielten der Zeit ange- messene und ausgeglichene Vorträge, so daß zu wünschen gewesen wäre, daß alle Kollegen vollständig erschienen wären. Aber leider glänzten viele durch Abwesenheit, darunter auch leider manche Ausschussmitglieder. Wenn diese das nötige Interesse zeigten, dann würden auch wohl die Mitglieder eifriger und sich mehr bemühen, welche Pflichten sie der Organisation gegenüber zu erfüllen haben. Gerade jetzt, wo die Hochkonjunktur fällt, wo die Not wieder an- fängt und mancher Familienvater die Heiratage traurig verleiht hat, wo bei den vielen unerschwinglichen Lebens- mittelpreisen der Arbeiter sich kaum mit seiner Familie er- nähren kann und in den meisten Familien die Unter- ernährung Platz gegriffen hat, da zעהt ein jeder Gewer- bereiter, daß er es als seine Ehrenpflicht anseht, die Indifferenten aufzuklären und ihnen ihre Lage vor Augen zu halten. Dann werden auch sie endlich zu der Ueber-

zeugung gelangen, daß ihre Lebenslage nur durch eine neutrale Berufsorganisation gebessert werden kann, wie es unsere Gewerksvereine sind. Dem Ortsverbandsauschuss ist keine Mühe zu schwer. Wenn dann Ortsverbandsaus- schuss, Ortsvereinsauschüsse, Vertrauensmänner und Mit- glieder zusammen arbeiten wie die Räder bei der Walzhine, so wird auch die Zahl unserer Mitglieder sich am Schlus dieses Jahres verdoppeln. Dem Mutigen gehört die Welt. Darum gearbeitet und nicht verzweifelt!

Kug. Rose, Ortsverbandschriftführer.

**Ortsverband Döbeln.**

Ein Rückblick auf das verfloßene Jahr zeigt, daß seitens des Ortsverbandes sowie auch einzelner Vereine alles gedacht worden ist, nach innen sowie auch nach außen die Organisation zu stärken. Das Geschäftliche wurde er- lebt in 5 Ortsverbandsversammlungen, 6 Ausschüssen und 4 kombinierten Vorstandsbesprechungen. Außerdem fand hier die Wanderversammlung der Ortsverbände Schwein, Großenhain, Döbeln sowie der Vereine Weiß: statt; auch waren unsere Vereine auf der Bezirkskonferenz in Ober- garna durch die Vorstandsmitglieder vollständig vertreten. Die Delegiertenliste des Ausbreitungsverbandes waren in Plauen durch Kollegen Kriebel und in Kößgen durch Kollegen Schwartzbach vertreten. Vorträge wurden ge- halten im Ortsverband von Kollege Bauer- Leipzig, von Kollege Berndt-Dresden 1. Im Ortsverein der Maschinenbauer hielt Kollege Fraber-Berlin einmal, Kollege Herberger-Galle zweimal Vortrag; im Orts- verein der Frauen und Mädchen sprach Frau Kolod- zynsky und Kollege Koenigart-Berlin je einmal. Im Ortsverein der Graphischen Berufe und Maler hielt Kollege Bergmann-Berlin und der Ortsverbands- vorstehende Kollege Kriebel je einen Vortrag. Außerdem hielt der Vorsitzende des hiesigen Arbeiterfortbildungs- vereins, Herr Bürgerschulecker Schöner im Orts- verein der Tischler ein wissenschaftliches Referat. Auch nahm der Ortsverbandsvorstehende Gelegenheit, in kombi- nierten Vorstandsbesprechungen sowie in einzelnen Ortsvereins- versammlungen über zeitgemäße wichtige Punkte zu referieren, so daß es an Aufklärungsarbeit nicht gefehlt hat, ein Zeichen auch dafür, daß die Ausschussmitglieder der einzelnen Ortsvereine ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben und es somit nun Pflicht der einzelnen Mit- glieder ist, das Gebotene zu beherzigen und für die Weiter- vertrittung unserer Organisation einzutreten.

Was den Vergnügungsteil anbetrifft, so wurden neben einigen kleineren Veranstaltungen vom Ortsverband im Juni ein Kinderfest und am 29. Dezember eine Weihnachtsfeier veranstaltet. Bei letzterer konnten 200 Kinder besetzt wer- den, so daß auch die Beteiligung der Erwachsenen eine überaus starke war und wir mit Verneigung auf diese Seite zurückblicken können. Das gibt auch den leitenden Personen den Ansporn zu weiterer Tätigkeit. Da auch seitens der Mitglieder bei den Neuwahlen das Vertrauen in die bis- herigen Vorstandsmitglieder wieder gesetzt worden ist, ist zu erwarten, daß beiderseits der Wunsch vorhanden ist, für unsere gute Sache gemeinsam zu arbeiten. Die Mitglieder- zahl beträgt jetzt 230. Hoffen wir, daß wir 300 bald überschreiten.

Ueber die Tätigkeit der unserem Ortsverbandes- Vor- sitzenden, Kollege Kriebel, übertragenen Aufsichtsstelle ist zu berichten, daß 25 Schriftstücke in unranen, Invaliden- und Unfallangelegenheiten angefertigt wurden, welche fast durchgängig Erfolg hatten.

Einen wichtigen Beschluß faßte die letzte kombinierte Vorstandsbesprechung, indem dem Ortsverband ein besonderer Beitrag von 10 Pfg. pro Mitglied im Jahre zugesichert werden soll, um bei kommunalen Wahlen mitwirken zu können. Es entspann sich hierbei allerdings eine lebhafteste Debatte über die Beiträge zum Ausbreitungsverband. Man hielt aber allgemein an dieser auf der letzten Wanderversammlung gefassten Resolution fest, daß die Beiträge zum Ausbreitungsverband auf 20 Pfg. pro Jahr wieder zurückgestellt werden, um mehr Mittel für lokale Zwecke zu erhalten. Es wird deshalb ein dementsprechender Antrag zum Delegiertentag in Oßersnau eingereicht werden. Wir sprechen die Erwartung aus, daß der Delegiertentag des Ausbreitungsverbandes dazu kommt, die Beiträge zu erniedrigen, wenn nicht noch mehr Vereine austreten sollen. Hoffentlich werden sich die Kollegen rechtzeitig mit dieser Frage beschäftigen und in der Presse ihre Meinung hierzu zum Ausdruck bringen. Max Kriebel.

**Gewerksvereins-Zeil.**

**Berlin.** Im Verbandsbause tagte am Sonntag, 15. Dezember, des verfloßenen Jahres die alljährlich statt- findende Generalversammlung des Zentral-Arbeits- nachweises der Berliner Ortsvereine (S. D.). Von 44 dem Nachweises angehörenden Orts- vereinen hatten 27 ihre Vertreter entsandt. Vom Verbands- vorstand und den Generalräten war trotz erfolgter Ein- ladung niemand erschienen. In erster Linie erkrankte der Schriftführer über die Tätigkeit des Vorstandes einen längeren Bericht, in dem unter anderem mit besonderer Freude des Wiederertritts der Ortsvereine der Schuhmacher und Lederarbeiter und Besichtigten der Ortsvereine der graphischen Berufe gedacht wurde. Es folgten darauf die Berichte der Kollegen Wagermann und Müller. Dem von letzteren vorgeschlagenen Resolutionsentwurf für die Zeit vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907 gemäß be- trag unter Hinzurechnung des Bestandes von 898,85 M. vom Vorjahre die Gesamteinnahme 2074,60 M., die Aus- gabe 1568,31 M., es verblieb also ein Bestand von 506,29 M. Die Ergebnisse der Arbeitsvermittlung im ab- gelaufenen Jahre bestanden in folgenden Zahlen: Es hatten sich arbeitslos gemeldet 2009 männliche, 19 weibliche Per- sonen, während 1929 männliche und 52 weibliche Personen

berlangt wurden. Durch den Zentral-Arbeitsnachweis wurden 1425 männlichen und 16 weiblichen Personen Arbeit vermittelt. Am 30. September 1907 waren 19 männliche Personen als Arbeitslose vorhanden. Die Mitgliederzahl der angegliederten Vereine betrug 6280. Die vom Kollegen Wälzer zu seinem Bericht gegebenen Einzelveränderungen wurden von der Versammlung mit sichtlichem Interesse entgegen genommen. In der Diskussion traten in dieser Hinsicht verschiedene Wünsche zutage, die im wesentlichen darauf hinausliefen, daß für die Zukunft als wichtiges, vorbereitendes Material für die Besprechung die bisher vom Kassierer mündlich gegebene Spezialisierung gedruckt vorgelegt werden möchte.

Von den Ortsvereinen der Maschinenbau- und Metallarbeiter Oberschöneweide und Johannistal waren folgende, ihrem Sinne nach gleichlautende Anträge gestellt: Arbeitslose Kollegen, soweit sie in den südöstlichen Vororten wohnen, sind von der Kontrolle im Zentral-Arbeitsnachweis entbunden. Sie haben jedoch die Verpflichtung, jeden zweiten Tag beim Ortsbeamten Kollegen Weigt zur Kontrolle zu erscheinen. Ebenfalls geschieht die Arbeitsvermittlung nach Möglichkeit durch den Ortsbeamten und kann bei Bedarf auf telephonischem Wege eine Verständigung zwischen diesem und dem Zentral-Arbeitsnachweis hergestellt werden. Die Versammlung entschied sich für Ablehnung, nachdem man sich im Laufe der Debatte von der absoluten Undurchführbarkeit einer derartigen Maßnahme überzeugt hatte. In betreff des Termins der Einberufung der Zentralversammlung sowie der Bekanntgabe der Tagesordnung wurden tiefgreifende Änderungen beschlossen. Diese werden demnächst den Ortsvereinen zur Kenntnis gebracht werden. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Kollege M. Gerold, Vorsitzender, R. Müller, Schriftführer, P. Wälzer, Kassierer, A. Gänisch, Beisitzer. Für den durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Vertreter der Ortsvereine der graphischen Berufe, Kollegen M. Pahlow, wurde die Wahl ausgesetzt und die kombinierten Ortsvereine der Maschinenbauer, die Wahl eines Vertreters vorbehalten. Dem aus seinem Amte scheidenden, wegen seiner Ernennung zum Ortsbeamten der Berliner Ortsvereine der Fabrik- und Handarbeiter eine Wiederwahl ablehnenden bisherigen Vorsitzenden Kollegen Oskar Mutschers wurde auf Antrag des Kollegen Fröhlich seitens der Zentralversammlung für seine Arbeitsfreudigkeit und Gewissenhaftigkeit im Amte Anerkennung und Dank ausgesprochen. R. M.

Sorau 6,88. Bildhauer: Landsberg 3,51. Zigarrenarbeiter: Sagan 3,25, Rajewall 9,49. Fabrik- und Handarbeiter: Berlin III 0,78, Graudenz 9,49, Vangerdorf 1,82, Pritz 16,51, Rogbach 1,56, Mielkowitz 30,16, 1,17. Frauen und Mädchen: Döbeln 1,82. Kaufleute: Berlin III 4,73, Müller-Berlin 2,00, Menzel-Berlin 4,68. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Wschersleben 5,20, Berlin V 18,19, Weßlingen 3,81, Wöppingen 11,70, Wallmitz 5,85, Döswell 3,77, Rathenow 14,58, Rirsdorf 1,04, Worms 0,78. Graphische Berufe: Berlin I 12,45, Berlin II 3,12, Chemnitz 7,93, Drömmen 2,86, Elberfeld 9,75, Gera 4,08, Naumburg 4,68, Worms 3,25, Zeitz 12,94. Porzellanarbeiter: Annaburg 2,21, Althaldensleben 30,81, Altwöffer 26,78, Kirschenberg 5,44, Hüttenfelde 1,04, Silberschlofen 1, Könnigszell 2,6, Wolfendorf 3,51, Ruhaldensleben 1,56, Ruhaldensleben (1155) 2,47, Oberhausen 3,90, Rudolfsdorf 7,28, Sorau 5,85, Sophienau-Gharb. 5,85, Selb 7,54, Teichenfurt 3,12, Wittenberg 1,95, Waldenburg 8,97, Zeitz-Königszell 2,84, Quer-Berlin 1,04, Reichelt-W. Moabit 0,78, Weiß Moabit 1,17, John-Moabit 3,51, Weip-Moabit 0,78, Martin-Sophienau 1,69. Schiffszimmerer: Bredow 7,80, Greifswald 1,48. Schneider: Berlin I 10,70, Berlin II 7,23, Breslau I 14,44, Breslau II 7,97, Dresden 4,68, Egerbach 12,22, Elberfeld 3,25, Greifswald 5, Gedrill 8,43, Jena 5,20, Königsberg 8,78, Leipzig 8,32, Regnitz 3,58, Merseburg 3,12, Naumburg 3,51, Dierschleben 3,12, Pajewall 0,78, Pölsdam 18,86, Queblinburg 6,24, Rathow 0,52, Schweidnitz 1,69, Stolp 1,48, Weßlingen 21,02, Worms 0,91, Voigtländer-Erfurt 1,04. Schuhmacher und Lederarbeiter: Baugen 5,85, Rehl-Berlin 1,80, Berlin I 14,14, Berlin O. 10,34, Bromberg 15,77, Danzig 6,63, Erfurt 3,77, Frankfurt 8,88, Frankfurt (1113) 1,17, Greifswald 7,21, Halle 2,98, Kandel 19,02, Königsberg 3,12, St. Lazarus 6,37, Mainz 1,98, Naumburg 2,21, Posen 20,47, Potsdam 9,23, Pritz 2,78, Saarn 4,81, Ulm 6,89, Weßlingen 9,40, Worms 10,56. Schul-Steuer 1,04, Bienenau 2,78, Weinheim 0,78. Textilarbeiter: Kolpa 9,80, Berlin III 2,17, Chemnitz 14,80, Peg-Fort 2,08, Pörschub-Spremburg 0,78, Gabelna 6,63, Großhain 4,81, Guben 2,86, Helmbrich 48,59, Jena 8,84, Sagan 14,69, Sommerfeld 8,32, Stadtilsa 6,37, Tannhausen 7,54, Töpfer: Bitterfeld 28,26, Elbina 0,91, Graudenz 14,43, Jägerhof 2,99, Weiten 1,69, Wühl-Bitterfeld 2,34, Zornau 0,65. Emma Nr. 1056, 64. Berlin, im Januar 1908.

Deutschen Gewerksvereine (S. D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Rednerstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Prinzer Stad). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 11. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter v. Abends 8 1/2 Uhr Rottfoulerstraße 6. I. O. Vortrag des Kollegen Gleichauf. Monatsbericht. Jahresbericht. Regulatorporto. — Sonntag, 12. Januar. Frauen u. Mädchen II. Nachm. 5 Uhr Sitzung im Verbandshaus, Greifswalderstr. 222. Vortrag des Verbandssekretärs A. Gieseler: "Wie entstand die Frauenfrage?" Verbandskollegen mit Damen herzlich willkommen. — Montag, 13. Januar. Bildhauer. Abends 9 Uhr, bei Preuß. Dresdenerstr. 10.

Orts- und Bezirksverbände.

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilt, Schulte-Mattler, Diskussionsrunde. — Kachsen (Diskussionsklub). Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Walbert "Jägerhof". — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttemanns Hotel, Boosstraße, Diskussionsrunde. — Zandau (Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine, S. D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal vor Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — Gelsenkirchen (Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine). Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe im Vereinslokal Pieper (früher Glerich), Schaller- und Hortastraße-Gde. Gäste herzlich willkommen. (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pöhl, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — Dresden (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbüch, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — Kietzitz (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8 1/2 Uhr, im "Prinz von Preußen" statt. Gäste willkommen. — Brandenburg (Diskussionsklub). Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags von 10-12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — Hagen und Ausgedehnt (Diskussionsklub). Jeden Sonnabend, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strömannstr. 17, Erd- und Bergstr.-Gde. — Kachsen (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat (11 Uhr) Vertreterversammlung in Kaden, Jülicherstr. 72, Restaurant "Zur Post". — Köslin (Diskussionsklub). Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant "Bater Kolpa", Elbergrasse. — Brandenburg (Ortsverband). Ortsverband-Versammlung am 18. Januar im Gymn., abends 8 1/2 Uhr. In der nächsten Sitzung des Diskussionsklubs hält Kollege Schröder Vortrag über: "Natur und Mensch". — Westhofen (Ortsverband). Sonntag, 19. Januar, nachm. 2 Uhr, bei Walter in Westhofen-Versammlung. Vorstandswahl u. a. 5 Uhr öffentl. Gewerksvereinsversammlung bei Frigensäter in Westhofen. Referent Kollege Jöller-Hagen über das Thema: "Der Kampf des Arbeiters in der heutigen Zeit". Diskussion.

R. Klein, Hauptkassierer.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. Mittwoch, 15. Januar 1908, Vortrag des Kollegen Lewin über: "Die politischen Parteien in Deutschland". Einleitung der Bibliotheksleiter. Gäste sehr willk. — Sängerkor der

Verbands-Teil.

Frauen-Begräbnisliste des Verbandes. Mitteilung über eingelangte Beiträge. Monat Oktober 1907. Bauhandwerker: Berlin 2,84, Königsberg 4,55, Stetzig 3,25, Merseburg 1,16, Rajewall 4,16, Posen 36,72.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine. Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg. Volkswirtschaftslehre von Dr. C. J. Fuchs. Preis 80 Pfg. Ratgeber zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg. Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg. Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk. Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg. Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassen-gesetz. Preis gebunden 20 Pfg. Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerksvereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden. Arbeiterkongress in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter. Berlin und S. Berndt. Dresden. Gratis. Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt. Berlin und Johann Dornblüth. Bromberg. Gratis. Tarifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Gahn-Burg und J. D. Käser. Nürnberg. Gratis. Auch alle andern volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen. Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/28. Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder). Eine kurzgefaßte Geschichte ihrer Begründung und Entwicklung von Karl Goldschmidt. Eine ausgezeichnete Agitationsbrochüre für alle diejenigen, welche für die Ideen der Deutschen Gewerksvereine wirken wollen. Zu beziehen gegen vorherige Einzahlung des Betrages von 50 Pf. einschl. Porto vom Verbandskassierer Rud. Klein.

Der Gewerksverein Jahrgang 1907 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mark bei vorheriger Einzahlung des Betrages. N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben. Bestellungen an den Verbandskassierer R. Klein, Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen u. a. s. d. n. u. und billigen bei Th. Berkop, Oppeln. Hohen Nebenverdienst kann sich jeder techn. u. kaufmänn. Angestellte auf vornehme, durchaus nicht anstößige Weise erwerben. J. Emil Andrae, Potsdam 41. Köln und Weßheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerksvereinsbureau, Severinstr. 118 I. Essen (Ruhr). Gerberge zum Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerksvereinsbureau, Post-Rülee 16. Hagen. (Ortsverband). Arbeitsnachweis und Verpflegungskarten bei Carl Schambach, Hagen Bergstr. 56. Weßlingen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfa. bei A. Sapper, Hauptstraße 48. Jauer (Ortsverband). Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen P. Kobelt, Hospitalplatz 6. Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten beim Genossen Sammer, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten. Umfassende Kenntnisse im Hoch- u. Tiefbau, Bergbau, Maschinenbau, in der Bau-, Kunst- und Möbelfabrik, Kunstschlosserei, Lokomotivbau, Elektrotechnik, Installation, Sonderelektrik, im Stukatur- und Sattlerberuf verlangt man durch Selbstunterrichte durch B. Karnack-Hackethal, Erfolge Analyse, ob jed. ein. Unter-such. Prop. u. Anerkennungs-sch. grat. Bousses & Nachfeld, Potsdam

Magdeburg. Bauhandwerker 75 Pf. bei E. Schröder, Luisenstr. 14. Neuss. (Ortsverb.). Durchreis. Genossen erhalten 50 Pfa. bei Aug. Reimers, Friedrichstraße 86. Cottbus. (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen aller Branchen erhalten Abendeffen, Nach-lager und Frühstück Neustädterstr. 14 bei Bergmann. Karten hierfür bei H. Habermann, Köpstr. 29, Hof.